



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IK/258 - 11.11.1954

Hinweise  
auf den Inhalt:

Die Stimme der kirchlichen Bruderschaft	S. 1
Nach den Wahlen (Bericht aus den USA)	S. 3
Die Plakate des Saarlandes	S. 5
Politische "Gartenlaube"	S. 6

---

## Die Unruhe im evangelischen Lager

Von Heinrich Albertz, Landesminister

Ich weiß nicht, ob es die Sprachregelung ist, die in der Bundesrepublik Deutschland bereits so weit fortgeschritten ist, dass man einfach unbequeme oder auch unheimliche Meldungen nicht bringt, dass eine Erklärung von 110 theologischen und nichttheologischen Mitgliedern der kirchlichen Bruderschaft im Rheinland, der sich inzwischen auch eine etwa gleiche Anzahl von evangelischen Christen in Westfalen angeschlossen hat, einfach nicht zur Kenntnis genommen wurde. Denn in dieser Erklärung wird mit schlichten Worten aus Gründen des Gewissens der Weg der Londoner und Pariser Verträge abgelehnt. Diese Pfarrer und Gemeindeglieder berufen sich auf Artikel 4, Absatz 3, des Grundgesetzes und fordern ihre Gemeinden auf, sich dieser Stellungnahme anzuschließen. Diese Kriegsdienstverweigerung wird außerdem - und das ist das besonders Bemerkenswerte - mit dem Elternrecht in Verbindung gebracht, und damit eine alte These, die ich seit langem vertrat, in die Praxis umgesetzt, dass diese vielberedete Vokabel, die fast zum Schlagwort geworden ist, wenn man sie schon gebraucht, nicht nur auf die Schulen, sondern auch auf die Kasernen anzuwenden sei.

Evangelische Pfarrer und Gemeindeglieder treten also in diesem Augenblick der letzten Schritte zur Wiederaufrüstung Westdeutschlands mit ihrer vollen Verantwortlichkeit vor die Öffentlichkeit Deutschlands und der Welt und sagen ein Nein, das in der Geschichte der christlichen Kirche in Deutschland einmalig ist. Welch ein Weg vom 2. August

1914 zu diesem aus innerer Not und Bedrängnis geborenen Wort!

Wir im politischen Raum sollten, ganz gleichgültig, wie wir in dieser Schicksalsfrage des deutschen Volkes stehen, diese Erklärung nicht zu den Akten legen. Denn hier kommt man auf einer Seite, der man nun wirklich keine Anfälligkeit gegenüber östlichen Theorien und der man noch weniger mangelndes Christentum vorwerfen kann, zu dem gleichen Ergebnis, zu dem der Gewerkschaftskongress in Brankfurt, zu dem die Oppositionspartei im Bundestag kam, und das auch das sehr bemerkenswerte Ergebnis jenes Gespräches gewesen ist, das das Amt Blank im Mittwochgespräch des Kölner Hauptbahnhofs mit jungen Menschen hat erloben müssen. Außerdem sind die Männer und Frauen, die diese Erklärung unterschrieben, soweit sie alt genug sind, die gleichen, die schon einmal aus ihrem Gewissen heraus - nämlich nach 1935 - von ihrem evangelischen Standpunkt aus zu einem politischen Weg Mein gesagt haben.

Man sollte also dieses Wort um Gottes und der Menschen willen nicht als den Ausflug pazifistischer Träumer auf die Seite legen, mit der bequemeren Formel, hier hätten Leute geredet, die von der Sache nichts verstehen. Dasselbe hat man den Männern der 1. Synode der Bekennenden Kirche in Barmen im Jahre 1935 auch bestätigt. Man sollte diese Erklärung in dem Mute falscher Begründungen, halber Wahrheiten und ganzer Verdrehungen so ernst nehmen, wie sie gemeint ist, dass sich hier erwachsene Menschen aus ihrem evangelischen Gewissen heraus unter Berufung auf ein staatsbürgerliches Recht an andere Bürger wenden, sich der schwersten und der schrecklichsten Pflicht zu verwehren, die vor einem Bürger verlangt werden kann, nämlich die Waffe in die Hand zu nehmen.

Die Begründungen liegen offen am Tage: die Spaltung Deutschlands wird verewigt, die Gefahr eines 3. Weltkrieges verstärkt, die Sinnlosigkeit dieser 3. Katastrophe vor aller Augen vorgeführt.

Dass dieser Ruf aus dem evangelischen Bereich kommt, sollte uns nicht verwundern. Die evangelische Kirche in Deutschland ist äußerlich und innerlich gesehen die letzte Klammer, die die Bürger der beiden Teilstaaten noch verbindet. Niemand soll diese Erklärung parteipolitisch auszuschlachten versuchen; auch ich als Sozialdemokrat habe nicht die Absicht, dieses Wort etwa als ein Bekenntnis zur sozialdemokratischen Auffassung zu verstehen. Aber noch bevor der Bundestag zu einer ersten Debatte über die Verträge zusammentritt, werden alle Verantwortlichen in allen Parteien an diesem Wort, seinen Auswirkungen und seinen Hintergründen nicht vorbeigehen können.

Neue Köpfe und Probleme in Washington

H.S., New York, im November

Das amerikanische Wahlkampfieber hat sich gelegt. Die erregten Gemüter beruhigen sich, man studiert die Kräfteverhältnisse im neu gewählten Kongress und fragt sich, welche neuen Probleme künftig die innenpolitische Bühne beherrschen und welche durch Wahlsiege neu in den Vordergrund gerückten Persönlichkeiten künftig auf ihr die ersten Rollen spielen werden.

Offiziell hat der Präsident erklärt, dass er die Mandatsverluste seiner Partei bedauere. Im Innern seines Herzens aber mag er darüber gar nicht so sehr betrübt sein, - denn in Fragen der Außenpolitik und des Außenhandels, stehen ihm die Demokraten viel näher als der konservative, isolationistische und schutzzöllnerische rechte Flügel seiner eigenen Partei, der durch das Wahlergebnis aus seinen parlamentarischen Schlüsselpositionen verdrängt worden ist. Zum Beispiel haben die Demokraten bereits durchblicken lassen, dass sie in der neuen Legislaturperiode des Kongresses die Frage der Zollpolitik aufgreifen und auf eine Liberalisierung der höchst protektionistischen Außenhandelspolitik drängen werden, allem Anschein nach, wird gerade dieses Gebiet des Außenhandels und der Zollpolitik eines der Hauptschlachtfelder des neuen Kongresses werden.

Unmittelbar nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse hatten eine Anzahl in Washington stationierte ausländische Diplomaten ihren Heimatregierungen berichtet, dass man künftig auf eine glattere und weniger holprige Zusammenarbeit mit Amerika rechnen könne, weil Isolationisten und Schutzzöllner im neuen Kongress weniger Einfluss und Macht haben dürften als im bisherigen. Dieses Urteil der Diplomaten dürfte richtig sein, - aber andererseits muß man zugleich hinzufügen, dass das nahezu die einzigen Veränderungen sein dürften, die das Wahlergebnis mit sich gebracht hat. Gewiss, die Wähler haben, wenn auch nur in sehr beschränktem Umfang, eine Art Linkeruck in der Wahlurne zum Ausdruck gebracht, - aber das vorausgesagte "Protestvotum" der Farmer gegen die Agrarpolitik der Regierung ist ausgeblieben, die Farmer haben fast durchweg wieder republikanisch gestimmt, und die im neuen Parla-

ment dominierender Köpfe sind in erster Linie nicht die "New-Deal"-Demokraten vom Roosevelt-Truman-Stevenson-Flügel der Partei, sondern die konservativen Demokraten aus den Südstaaten, denen die meisten Vorsitzendenämter der Kommissionen zufallen werden. Nun sind diese konservativen Demokraten aus dem Süden in allen außenpolitischen Dingen rechtschaffen international und ausgesprochen Europa-freundlich und anti-isolationistisch, und in Fragen des Außenhandels modern und freihändlerisch, - aber ebenso unbestritten ist, dass sie sozialen Reformen abgeneigt und in Fragen der Rechtsstellung der Negro sogar ausgesprochen reaktionär sind, - von einer Handvoll rühmenswürdiger Ausnahmen abgesehen. Der Wahlsieg der Demokraten wird daher bei weitem für Amerika keine Ära sozialen Fortschritts und waghalsiger Reformen bringen, sondern im Endergebnis wird das Land von einer Koalition gemäßigter Republikaner (wie Eisenhower selber) und konservativer Demokraten regiert werden.

Innerhalb gibt es auch innenpolitisch einige Akzentverschiebungen, wobei vornehmlich der gesunkene Einfluss Senator McCarthys erwähnenswert ist. Dessen Mandat stand nicht zur Wiederwahl, da es erst 1958 abläuft; aber mehrere republikanische Kongresskandidaten, die sich als seine Anhänger vorgestellt hatten, mußten im Wahlkampf ins Gras beißen, und mehrer Liberale und offen anti-mccarthysche Republikaner, gegen deren Wahlsieg der Senator während des Wahlkampfes heimlich intrigiert hatte, fanden vor den Augen der Wähler Gnade und wurden gewählt. Der Linksruck im Volk hat sich unbedingt bemerkbar gemacht und die Rechte, vor allem ihr radikales mccarthysches Element, hat eine Einbuße an Macht und Einfluß erlitten.

Blicken sich heute die Republikaner nach "kommoden Männern" um, die sie zur Zeit der Präsidentschaftswahlen 1956 in den Vordergrund schieben können, so kommen nur "Gemäßigte" in Betracht, also außer Eisenhower selber eigentlich nur Vizepräsident Nixon, Landwirtschaftsminister Benson, und die Gouverneure von Kalifornien und Massachusetts, Knight und Hutter. Die Demokraten haben es etwas leichter, weil außer ihrer bewährten "erster Garnitur" Stevenson, Douglas, Sparkman, Russell, Kefauver usw. auch ihre neu gewählten Gouverneure wie Harriman (New York), Leader (Pennsylvanien) und im Amt wieder bestä-

tigte Gouverneure wie Lausche (Ohio) und Williams (Michigan) als künftige Anwärter auf hohe und höchste Partei- und Staatsämter zu gelten haben. Das schwankende Gleichgewicht der amerikanischen Innenpolitik mit seinen knappen Mehrheitsverhältnissen im Kongress dürfte manchen heute noch wenig bekannten Politikern Gelegenheit bieten, sich zu entfalten und zu bewähren.

+ + +  
Separatisten - das "stört" in Bonn

sp - In der Bundesrepublik leben etwa 36.000 Deutsche, deren Heimat die Saar ist. Sie sind unter dem Polizei-Regime Hoffmann ausgewiesen worden, oder gingen freiwillig, weil sie die Luft der Unfreiheit nicht mehr atmen konnten und wollten. Die meisten von ihnen haben sich im Saarbund zusammengesetzt, einer Organisation, deren erstes Ziel es ist, die Saar zu dem zu machen, was sie immer war: wieder zu einem Stück Deutschland. Viele Nichtsaarländer gehören dieser Vereinigung an, weil sie das Anliegen der Saardeutschen als ihr eigenes betrachten. Der Saarbund ist, wie es nicht anders sein kann, überparteilich, in seiner Führung finden sich bekannte Politiker aus allen großen Parteien der Bundesrepublik.

Die Bundesregierung hat den Saarbund anerkannt und bisher seine Bestrebungen auch finanziell unterstützt. Eine Spitzenstelle der gleichen Bundesregierung ist es nun, die dieser Tage dem Saarbund mit dem Entzug jeglicher finanzieller Unterstützung drohte. Denn der Saarbund hatte überall, besonders in Bonn, Plakate anschlagen lassen mit der Überschrift: "Deutsch ist die Saar, fort mit den Separatisten." Der Saarbund hatte damit den Quisling an der Saar, Hoffmann, gemeint, aber einige maßgebende Leute im Bundeskanzleramt bezogen es - auf ihren Chef. Die Folge: es wurden Plakate abgerissen, es wurden dem Saarbund von polizeilicher Seite unter Berufung auf eine Polizeiverordnung aus dem Jahre 1932 (damals regierte Papen, der Schrittmacher Hitlers) einschränkende Auflagen gegeben und es wurden schon zugesagte Spenden zurückgezogen.

Dieser Zwischenfall läßt Rechtfertigungen, ja ideologische Rückschlüsse zu (bei Freud kann man allerdings über die Nacht des Unterbewußten lesen), stellt aber darüber hinaus ein Politikum dar, das in die Frage einmündet: Wie weit sind wir schon gekommen und wohin geht der Weg? Die 36.000 Saarländer haben sich zusammengeslossen,

an in der Bundesrepublik für ihre Heimat zu wirken, in der ihnen das freie Wort und die freie Schrift verenthalten ist. Jetzt reißt man ihnen in der Landeshauptstadt die Plakate ab. Heute geschieht dies dem Saarland. Was wird morgen den Millionen Flüchtlingen aus der Sowjetzone geschehen? Wird deren ständiges Verlangen nach einer aktiveren Politik der deutschen Wiedervereinigung nicht eines Tages hohen Regierungsstellen ebenso lästig sein, wie es heute die Plakate des Saarlandes sind?

+ + +  
Politische "Gartenlaube"

"Mix-Magazin" aus Bonn ist mit der ersten Nummer als neue Monatschrift erschienen. Auf dem Deckblatt Helene Weber (CDU, 73) mit weißer Halskrause, im Innern anderthalb schleierumworbene junge Damen; noch berühmten Vorbild eine kleine Wisperaspötte "Man spricht nicht davon", deren Geschicknisse den aufmerksamen Zeitungsleser überraschen können; ein gut beschriebener Beitrag über Lobbyisten in Bonn ("es gibt die Botschaft von Chile und die Botschaft von Chilealpeter"); die obligate Doppelseite mit den rührenden Hunde- und Katzenfotos und die andere, nicht weniger neckische, mit kleinen Trübschen oder Liaschen mit dazugehörigen Verslein; einige Bildchen, einige billige Karikaturen; einige Strophen nach dem abgedroschenen Rezept "mit fremden Federn"; ausführliche Buchzitate, noch ein paar Aufsätze, die in jeder Zeitung zu finden sein könnten.

Warum mußte "Mix" erscheinen? Einen geschäftlichen Erfolg kann der Herausgeber kaum erwarten. Also ist eine bestimmte Wirkung, vielleicht eine politische, beabsichtigt? Die Unterzeile "Magazin aus Bonn", wie der ganze Inhalt deuten darauf hin. Vor der Herausgabe der ersten Nummer hieß es in Bonn gesprächsweise, Regierungsstellen seien von einem wirksamen Gegenstück zu einem seit Jahren sehr erfolgreichen, aber auch zur Regierung, wie zu aller Welt sehr kritischen und instruktiven Nachrichtensmagazin interessiert. "Mix" gibt auch eine Seite Inzerate aus der Jahrhundertwende mit Faksimilie wieder, darunter eines mit der Schlagzeile "Höchstpikant" und darunter "Im Spiegel zu lesen" - nämlich aus Inzerat, das dann wiedergegeben in Spiegelschrift erfolgt.

Das "Höchstpikante", hier soll nur an die Politik gedacht - sei also im Spiegel zu lesen ... Wenn "Mix" es selbst sagt, muß es wohl stimmen. Die Zeit der politischen Gartenlauben jedenfalls ist vorbei.